

## Protokoll 84. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 13. Januar 2016, 17.00 Uhr bis 19.11 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Anwesend: 116 Mitglieder

Abwesend: Walter Angst (AL), Marianne Aubert (SP), Thomas Kleger (FDP), Martin Luchsinger (GLP), Joe A. Manser (SP), Severin Pflüger (FDP), Peter Schick (SVP), Thomas Schwendener (SVP), Heinz F. Steger (FDP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2015/405](#) \* A/P \*\* Motion von Roger Tognella (FDP) und Marco Denoth (SP) vom 16.12.2015:  
Umsetzung der «Standortstrategie Schutz & Rettung», Vorlage einer Weisung an den Gemeinderat PV
3. [2013/392](#) Weisung vom 16.12.2015:  
Motion der SP-, Grüne- und der GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden betreffend Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers, Antrag auf Fristerstreckung VTE
4. [2013/414](#) Weisung vom 16.12.2015:  
Motion der FDP- und CVP-Fraktion betreffend Aufwertung des Raums Lindenplatz-Altstetterstrasse-Bahnhof Altstetten unter Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn, Antrag auf Fristerstreckung VTE
5. [2015/231](#) Weisung vom 01.07.2015:  
Landwirtschaftsbetrieb Gfellerhof, Schwamendingen, Neubau Remise und Erweiterung Futteranlage, Objektkredit VTE
6. [2015/257](#) Weisung vom 19.08.2015:  
Tiefbauamt, Baulinienvorlage Ankerstrasse, Festsetzung VTE
7. [2015/282](#) Weisung vom 02.09.2015:  
Tiefbauamt, Erneuerung Baurecht an KIBAG Beton AG für den Weiterbetrieb der Betonaufbereitungs- und Kiesumschlaganlage beim Hafen Tiefenbrunnen, Vertragsgenehmigung VTE

- |     |                          |     |  |     |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 9.  | <a href="#">2015/288</a> |     | Interpellation der AL-Fraktion vom 02.09.2015:<br>Beteiligung des ewz an der Limmat Energie AG, Gründe für die Realisierung des Fernwärmeprojekts in den Quartieren Altstetten und Höngg auf einer privatrechtlichen Basis und für den Verzicht auf eine Ausschreibung sowie Rechtsgrundlagen für den Beteiligungsbeschluss in eigener Kompetenz des Stadtrats | VIB |
| 10. | <a href="#">2015/408</a> | E   | Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 16.12.2015:<br>Ausweitung der In-House-Erschliessung mit optischen Telekommunikationssteckdosen auf nicht als Wohneinheiten oder Gewerberäume gekennzeichnete Nebenräume  | VIB |
| 11. | <a href="#">2015/159</a> | A/P | Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 27.05.2015:<br>Realisierung von durchgehenden Velorouten sowie attraktiven Fusswegverbindungen entlang der Rämistrasse zwischen dem Bellevue und dem Heimplatz   | VTE |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 1584. 2016/18 Erklärung der AL-Fraktion vom 13.01.2016: Tag der Bildung

Namens der AL-Fraktion verliest Andrea Leitner Verhoeven (AL) folgende Fraktionserklärung:

Die Alternative Liste unterstützt das „Manifest für die Bildung“, das bereits von mehr als 14'000 Menschen unterzeichnet wurde, und begrüsst seine breite Abstützung durch die gesamte öffentliche Bildungslandschaft. Wir bedauern andererseits, dass diese breitabgestützte Allianz aus Angst vor Eskalation den Weg auf die Strasse scheut, zeigen uns aber solidarisch mit allen Studierenden, Schülerinnen, Schülern und in der Bildung Tätigen, die sich heute auch auf der Strasse gegen die neuen geplanten Sparmassnahmen wehren.

In Zeiten von zunehmenden Schüler- und Studierendenzahlen, steigenden Ansprüchen an Bildungssysteme und Forderungen nach Umsetzung von Reformen, in Zeiten, in denen sich der Wissensstandort Zürich in den Hochschulgebieten baulich erneuern und aufrüsten will, sind von Bund und Kanton geschnürte Sparpakete, die sich direkt oder indirekt auf die Qualität von Wissensvermittlung auswirken, nicht nur kurzfristig, sie sind absurd.

Im Bewusstsein einer der wohlhabendsten Gesellschaften der Welt, die sich immer wieder als aufgeklärt, modern und fortschrittlich bezeichnet, sollte verankert sein, dass jeder Tag des Jahres auch ein Tag der Bildung ist. In einem Staat wie der Schweiz muss allen seinen Bewohnerinnen und Bewohnern der Zugang zur bestmöglichen Bildung garantiert sein. Tatsächlich würde niemand in diesem Land behaupten, dass Bildung unwichtig sei. Auch würde niemand verneinen, dass ein gutes öffentliches Bildungssystem und solide Ausbildungsstätten in der Schweiz die wahrscheinlich wichtigsten Garanten für den sozialen Zusammenhalt und eine funktionierende Wirtschaft sind.

Vor noch nicht allzu langer Zeit war unser Bildungssystem eine heilige Kuh, der man gab, was sie brauchte. Das war gut so. Leider hat sich dieses Selbstverständnis geändert. Seit ein paar Jahrzehnten haben solvente Investoren und ihre politischen Lobbys die Bildungslandschaft als Saatfeld für ihre Millionen entdeckt. Diese argumentieren über den Wert von Bildung ähnlich wie Nestlé-Brabeck über das Wasser: Alles muss seinen Preis haben. Jedes Mal, wenn der Staat ein Sparpaket schnürt, verschachert er ein Stück dieser Bildungslandschaft an den freien Markt. Dieser verwandelt es in Gold oder scheidet es als unrentabel aus. So wie der Mensch immer mehr ökonomisiert wird, werden Bildungsstätten auf diese Weise zu Produkteregalen im Supermarkt des Neoliberalismus, von denen man sich nur bedienen darf, wenn man es sich leisten kann. Auf der Strecke bleibt als Allererstes die Chancengleichheit.

Dieser Entwicklung, die durch absolut unnötige Sparpakete weiter verschärft wird, muss einiges mehr entgegen gesetzt werden als ein Tag der Bildung.

## G e s c h ä f t e

### 1585. 2015/405

**Motion von Roger Tognella (FDP) und Marco Denoth (SP) vom 16.12.2015:  
Umsetzung der «Standortstrategie Schutz & Rettung», Vorlage einer Weisung an den Gemeinderat**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Roger Tognella (FDP) vom 6. Januar 2016 (vergleiche Beschluss-Nr. 1552/2016)

Die Dringlicherklärung wird von 101 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

### 1586. 2013/392

**Weisung vom 16.12.2015:  
Motion der SP-, Grüne- und der GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden betreffend Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers, Antrag auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2013/392.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger gibt folgende Änderung des Antrags des Stadtrats bekannt:

Die Frist zur Erfüllung der am 26. März 2014 überwiesenen Motion, GR Nr. 2013/392, der SP-, Grüne- und der GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 13. November 2013 betreffend Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers, wird um 24 12 Monate bis zum 26. März ~~2018~~ 2017 verlängert.

## Änderungsantrag

Alan David Sangines (SP) stellt namens der SP-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

Die Frist zur Erfüllung der am 26. März 2014 überwiesenen Motion, GR Nr. 2013/392, der SP-, Grüne- und der GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 13. November 2013 betreffend Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers, wird um ~~42~~ 3 Monate bis zum 26. ~~März 2017~~ Juni 2016 verlängert.

Der Rat stimmt dem Antrag der SP-Fraktion mit 63 gegen 53 Stimmen zu.

## Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag des Stadtrats mit 90 gegen 26 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 26. März 2014 überwiesenen Motion, GR Nr. 2013/392, der SP-, Grüne- und der GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 13. November 2013 betreffend Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers, wird um 3 Monate bis zum 26. Juni 2016 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

**1587. 2013/414**

**Weisung vom 16.12.2015:**

**Motion der FDP- und CVP-Fraktion betreffend Aufwertung des Raums Lindenplatz–Altstetterstrasse–Bahnhof Altstetten unter Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn, Antrag auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2013/414.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

STR Filippo Leutenegger gibt folgende Änderung des Antrags des Stadtrats bekannt:

Die Frist zur Erfüllung der am 26. März 2014 überwiesenen Motion, GR Nr. 2013/414, der FDP- und CVP-Fraktion vom 27. November 2013 betreffend Aufwertung des Raums Lindenplatz–Altstetterstrasse–Bahnhof Altstetten unter Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn, wird um ~~24~~ 12 Monate bis zum 26. März ~~2018~~ 2017 verlängert.

## Schlussabstimmung

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 26. März 2014 überwiesenen Motion, GR Nr. 2013/414, der FDP- und CVP-Fraktion vom 27. November 2013 betreffend Aufwertung des Raums Lindenplatz–Altstetterstrasse–Bahnhof Altstetten unter Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn, wird um 12 Monate bis zum 26. März 2017 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

**1588. 2015/231**

**Weisung vom 01.07.2015:**

**Landwirtschaftsbetrieb Gfellerhof, Schwamendingen, Neubau Remise und Erweiterung Futterlager, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

1. Für die Erweiterung des Futterlagers, den Neubau einer zentralen Remise für Fahrzeuge und Maschinen sowie für die Herrichtung des Vorplatzes und des Pausenraums für Schulklassen wird gemäss Projekt und Kostenvoranschlag ein Objektkredit von Fr. 2 985 000.– einschliesslich Mehrwertsteuer bewilligt.
2. Der Kredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2014) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Präsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Andreas Edelmann (SP), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Reto Rudolf (CVP), Marc Schlieper (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Michel Urben (SP)  
 Enthaltung: Andreas Kirstein (AL)  
 Abwesend: Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 113 gegen 1 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Andreas Edelmann (SP), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Reto Rudolf (CVP), Marc Schlieper (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Michel Urben (SP)  
 Enthaltung: Andreas Kirstein (AL)  
 Abwesend: Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 110 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Erweiterung des Futterlagers, den Neubau einer zentralen Remise für Fahrzeuge und Maschinen sowie für die Herrichtung des Vorplatzes und des Pausenraums für Schulklassen wird gemäss Projekt und Kostenvoranschlag ein Objektkredit von Fr. 2 985 000.– einschliesslich Mehrwertsteuer bewilligt.
2. Der Kredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2014) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. Januar 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. Februar 2016)

**1589. 2015/257**

**Weisung vom 19.08.2015:**

**Tiefbauamt, Baulinienvorlage Ankerstrasse, Festsetzung**

Antrag des Stadtrats

1. Die Bau- und Arkadenbaulinie der Ankerstrasse im Bereich der Liegenschaft Ankerstrasse 9 werden gemäss Vorlage des Stadtrats, Baulinienplan Nr. 2015-24 abgeändert, gelöscht und neu festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Baulinienplan Nr. 2015-24 in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rekursen oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich zu veröffentlichen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Roger Tognella (FDP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Marianne Aubert (SP), Referentin; Präsident Roger Tognella (FDP), Andreas Egli (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Thomas Kleger (FDP), Markus Knauss (Grüne), Christoph Marty (SVP), Derek Richter (SVP), Alan David Sangines (SP), Guido Trevisan (GLP), Florian Utz (SP) i. V. von Vizepräsidentin Simone Brander (SP)

Enthaltung: Christina Schiller (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 104 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

- Zustimmung: Marianne Aubert (SP), Referentin; Präsident Roger Tognella (FDP), Andreas Egli (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Thomas Kleger (FDP), Markus Knauss (Grüne), Christoph Marty (SVP), Derek Richter (SVP), Alan David Sangines (SP), Guido Trevisan (GLP), Florian Utz (SP) i. V. von Vizepräsidentin Simone Brander (SP)
- Enthaltung: Christina Schiller (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Bau- und Arkadenbaulinie der Ankerstrasse im Bereich der Liegenschaft Ankerstrasse 9 werden gemäss Vorlage des Stadtrats, Baulinienplan Nr. 2015-24 abgeändert, gelöscht und neu festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Baulinienplan Nr. 2015-24 in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rekursen oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich zu veröffentlichen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. Januar 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. Februar 2016)

#### 1590. 2015/282

##### **Weisung vom 02.09.2015:**

##### **Tiefbauamt, Erneuerung Baurecht an die KIBAG Beton AG für den Weiterbetrieb der Betonaufbereitungs- und Kiesumschlaganlage beim Hafen Tiefenbrunnen, Vertragsgenehmigung**

Antrag des Stadtrats

Der am 3. Juli 2015 öffentlich beurkundete Baurechtsvertrag mit der KIBAG Beton AG, Seestrasse 404, 8038 Zürich, für den Weiterbetrieb der Betonaufbereitungs- und Kiesumschlaganlage auf dem städtischen Grundstück Kat.-Nr. RI5125 beim Hafen Tiefenbrunnen wird genehmigt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Onorina Bodmer (FDP)

Schlussabstimmung

Die SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

- Zustimmung: Martin Luchsinger (GLP), Referent; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Onorina Bodmer (FDP), Simon Diggelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Eva Hirsiger (Grüne), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Claudia Simon (FDP) i. V. von Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Katharina Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 115 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der am 3. Juli 2015 öffentlich beurkundete Baurechtsvertrag mit der KIBAG Beton AG,

Seestrasse 404, 8038 Zürich, für den Weiterbetrieb der Betonaufbereitungs- und Kiesumschlaganlage auf dem städtischen Grundstück Kat.-Nr. RI5125 beim Hafen Tiefenbrunnen wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. Januar 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. Februar 2016)

**1591. 2015/288**

**Interpellation der AL-Fraktion vom 02.09.2015:**

**Beteiligung des ewz an der Limmat Energie AG, Gründe für die Realisierung des Fernwärmeprojekts in den Quartieren Altstetten und Höngg auf einer privatrechtlichen Basis und für den Verzicht auf eine Ausschreibung sowie Rechtsgrundlagen für den Beteiligungsbeschluss in eigener Kompetenz des Stadtrats**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1014 vom 2. Dezember 2015).

Andreas Kirstein (AL) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

**1592. 2015/408**

**Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 16.12.2015:**

**Ausweitung der In-House-Erschliessung mit optischen Telekommunikationssteckdosen auf nicht als Wohneinheiten oder Gewerberäume gekennzeichnete Nebenräume**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1593. 2015/159**

**Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 27.05.2015:**

**Realisierung von durchgehenden Velorouten sowie attraktiven Fusswegverbindungen entlang der Rämistrasse zwischen dem Bellevue und dem Heimplatz**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 970/2015).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Markus Knauss (Grüne) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 71 gegen 45 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 1594. 2016/19

#### **Postulat von Christina Schiller (AL) und Andreas Kirstein (AL) vom 13.01.2016: Finanzielle Beteiligung der SBB AG an der Neugestaltung des Max-Frisch-Platzes**

Von Christina Schiller (AL) und Andreas Kirstein (AL) ist am 13. Januar 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sich die SBB AG an der Platzgestaltung des Max-Frisch-Platzes finanziell beteiligen und wie eine faire Kostenaufteilung gefunden werden kann.

Begründung:

Bis jetzt hat der Gemeinderat respektive die Stimmberechtigten drei Kreditvorlagen für den Raum Bahnhof Oerlikon beschlossen:

- GR 2009/14: 50 Mio. Franken für den Ausbau der bestehenden Unterführung West;
- GR 2010/198: 110 Mio. Franken für die Quartieranbindung Ost;
- GR 2012/373: 18.14 Mio. Franken für den Bahnhofplatz Süd.

Zusammen wurden 168 Mio. Franken gesprochen, mit einer Kostenbeteiligung der SBB AG von rund 18 Mio. Franken. Die SBB AG beteiligte sich bei der Unterführung West mit 5.9 Mio. Franken. Davon sind 2.2 Mio. für den Ausbau der Unterführung gedacht und 3.7 Mio. als «Mehrwertabgeltung». Bei der Quartieranbindung Ost beteiligte sich die SBB AG mit 12.047 Mio. Franken. Beim Bahnhofplatz Süd gab es keine Beteiligung seitens der SBB. Die SBB AG ist direkte Profiteurin der neuen Infrastruktur und der Aufwertungsmassnahmen rund um den Bahnhof Oerlikon. Unserer Meinung nach ist eine Beteiligung von 18 Mio. Franken - davon nur 3.7 Mio. Franken als Mehrwertabgabe - zu wenig. Weiter zu beachten ist dabei, dass die SBB AG zwei Hochhausprojekte realisieren wird (Andreasturm direkt bei der Quartieranbindung Ost und Franklinturm beim Bahnhofplatz Süd), die unmittelbar von den Infrastruktur- und Aufwertungsmassnahmen profitieren. Wir fordern den Stadtrat auf, neue Verhandlungen mit der SBB in Angriff zu nehmen, damit ein fairer Kostenverteiler gefunden werden kann.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**1595. 2016/20****Dringliche Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und 37 Mitunterzeichnenden vom 13.01.2016:****Angabe der Nationalität bei Polizeimeldungen, Beurteilung der Situation nach den Vorfällen in Köln**

Von Martin Götzl (SVP) und 37 Mitunterzeichnenden ist am 13. Januar 2016 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 19. August 2015 überwies der Gemeinderat mehrheitlich ein Postulat, in welchem der Stadtrat aufgefordert wird zu prüfen, wie in den Polizeimeldungen und in der öffentlichen Kommunikation der Stadtpolizei auf die Angabe der Nationalität von Täterinnen und Tätern verzichtet werden kann (siehe Postulat 2015/137 von Min Li Marti SP, Samuel Dubno GLP und 6 Mitunterzeichnenden). Der Stadtrat war bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Nach den gravierenden Vorfällen in Köln und anderen deutschen Städten in der Silvesternacht hielten die Behörden die Informationen bezüglich der Herkunft der Täter bewusst zurück. Entsprechend ist die Empörung in der Bevölkerung riesig.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Tatsache, dass in Zukunft in Zürich gegenüber der Bevölkerung die Herkunft von Tätern - auch in solchen Fällen wie sie in Köln und anderen Städten passiert sind - explizit verschwiegen werden soll?
2. Wie beurteilt der Stadtrat die entsprechende Empörung der Bevölkerung?
3. Wie gedenkt der Stadtrat - auch im Hinblick auf die Vorfälle in Köln, aber auch in Zürich in der Silvesternacht - das im Einleitungstext erwähnte Postulat 2015/137 umzusetzen?
4. Wie beurteilt der Stadtrat die Stellungnahme der Polizeicorps zu Überlegungen, wie sie im entsprechenden Postulat verlangt werden?

Mitteilung an den Stadtrat

**1596. 2016/21****Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 13.01.2016:****Diebstähle und sexuelle Gewalt in der Silvesternacht in Zürich, Angaben zu einem allfälligen Sicherheitskonzept in Bezug auf das Asylwesen sowie Beurteilung der Sicherheitslage im Hinblick auf das Züri Fäscht und für den Schulbereich**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) ist am 13. Januar 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Sicherheitsbehörden bestätigen: Es waren «frisch eingereiste Asylbewerber», die in Köln «Frauen wie Vieh jagten», ausraubten und massiv sexuell belästigten. Nun stellt sich raus: Auch Zürich ist Köln!

Die Stadtpolizei Zürich veröffentlichte am 7. Januar 2016 eine Fahndung. Darin wurde inhaltlich auf die «Schande von Köln» Bezug genommen. Denn unsere Ordnungshüter mussten über die Tragik informieren, dass es in der Silvesternacht am Zürcher Seebecken zu rund zwei Dutzend Diebstählen kam, bei denen zig weibliche Personen zusätzlich Opfer von sexueller Gewalt wurden. Die mutigen Frauen gaben anschliessend an, «dass sie in der Menschenmenge von mehreren Männern mit dunklerer Hautfarbe angegangen worden seien.» Das Aussehen der Angreifer wurde auch als «arabisch» beschrieben.

Ebenfalls in der Silvesternacht soll nahe der Schweizer Grenze eine Gruppe von Syrern zwei minderjährige Mädchen stundenlang vaginal und anal vergewaltigt haben. Einer der Tatverdächtigen wurde als Asylbewerber, der andere als anerkannter Flüchtling identifiziert. Den Status der anderen beiden Männer ist per heutigem Stand noch in Abklärung. Einer der mutmasslichen Vergewaltiger kommt aus Zürich.

Sefika Garibovic führt unter anderem im Auftrag von Jugendanwaltschaften Therapien mit Asylbewerbern durch, die Mädchen und Frauen in der Schweiz missbraucht haben. «Wir haben in den letzten Jahren Tausende junger Männer aus dem arabischen Raum, aus einem völlig anderen Kulturkreis, als Asylbewerber bei uns aufgenommen», sagt Garibovic in einem Zeitungsartikel vom 10. Januar 2016. Bezüglich ihrer Arbeit führt sie weiter aus: «Sie nehmen sich, was sie wollen, notfalls mit Gewalt.»

Auch der Strafrechtsprofessor Martin Killias (SP) spricht das Problem zwar mit sehr vorsichtigen, aber ähnlichen Worten an: «Für einzelne Männer aus diesem kulturellen Umfeld verdienen viele unserer Frauen keinen Respekt.»

Es ist die Therapeutin Sefika Garibovic, die feststellt: «Mit Schulsozialarbeit und Psychologen löst man dieses Phänomen nicht.» Weiter führt die studierte Sexualtherapeutin und Forensikerin aus: «Es passiert im Ausgang und auf Schulhöfen». «Aber die Öffentlichkeit erfährt nie davon, weil vieles vertuscht wird.»

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Corine Mauch (SP) ist als Stadtpräsidentin in der Führungsverantwortung. Warum äusserte sie sich bisweilen nicht zu den krassen Vorfällen in der Silvesternacht? Ist es nicht Aufgabe der Stadtpräsidentin, den Menschen in einer Krise beizustehen, auch wenn die Hintergründe möglicherweise nicht in ihr ideologisches Weltbild passen?
2. Welches Sicherheitskonzept hat der Stadtrat und/oder die Asylorganisation AOZ erarbeitet, um die Bevölkerung trotz der stark steigenden Asylzahlen zu schützen? Wir bitten um das entsprechende Dokument.
3. Falls kein Sicherheitskonzept in Bezug auf das Asylwesen vorliegt: Warum wurden die entsprechenden Sicherheitsmassnahmen von Seiten des Stadtrates und/oder der Asylorganisation AOZ nicht getroffen?
4. Falls kein Sicherheitskonzept in Bezug auf das Asylwesen vorliegt: Wird nach den krassen Vorfällen, bei denen mutmasslich Asylbewerber und Flüchtlinge involviert sind, nun von Seiten des Stadtrates und/oder der Asylorganisation AOZ ein schriftliches Sicherheitskonzept erarbeitet?
5. Wie beurteilen der Stadtrat und die Asylorganisation AOZ die Sicherheitslage der Bevölkerung vor dem Hintergrund der stark steigenden Asylzahlen? Wir bitten um eine konkrete Antwort.
6. Im Juli 2016 findet das «Züri Fäscht» statt. Die Bevölkerung wird sich dabei drei Tage lang vergnügen wollen. Frauen werden sich, so wie es ihnen gefällt und es in unserem Kulturkreis nichts Besonderes darstellt, auch freizügiger kleiden. Welche Sicherheitsvorkehrungen trifft der Stadtrat und/oder die Asylorganisation AOZ in Bezug auf das «Züri Fäscht» und ähnliche Veranstaltungen, damit sexuelle Gewalt gegen Frauen wie in der Silvesternacht nicht vorkommt?
7. Von wie vielen Vorfällen sexueller Gewalt gegen Mädchen auf den Schulhöfen, bei denen Asylbewerber und/oder Flüchtlinge involviert sind, hat der Stadtrat Kenntnis? Oder weiss der Stadtrat diesbezüglich nichts, wie die Äusserungen der Sexualtherapeutin und Forensikerin Sefika Garibovic vermuten lassen?
8. Gehen wir recht in der Annahme, dass der Stadtrat die starke Einwanderung aus völlig fremden Kulturen nicht stoppen will? Gleichzeitig lassen sich die dadurch geschaffenen Probleme mit Schulsozialarbeit und Psychologen nicht lösen. Es ist einleuchtend, dass nicht jedem Asylbewerber ein Therapeut zur Seite gestellt werden kann. Wie möchte also der Stadtrat die geschaffenen Probleme lösen?
9. Der Stadtrat nahm im September 2015 das Postulat GR Nummer 2015/182 entgegen. Der Vorstoss fordert, dass zum ordentlichen Kontingent weitere 1'000 Asylbewerber aufgenommen werden sollen. Welche Sicherheitsüberlegungen werden diesbezüglich gemacht?
10. Sexuelle Gewalt gegen Frauen, wie sie in der Silvesternacht in Köln und Zürich passierten, kannte man zum Beispiel bereits vom Tahrir-Platz in Ägypten. Das Phänomen der gemeinschaftlich begangenen sexuellen Belästigung von Frauen ist in arabischen Ländern schon lange ein Problem und als «taharrush gamea» bekannt. Dass durch die starke Einwanderung aus völlig fremden Kulturen die dortigen Missstände zu uns getragen werden, ist naheliegend. Kommt die weitere Eskalation für den Stadtrat sowie für die Asylorganisation AOZ dennoch komplett unerwartet? Welche Schlüsse zieht der Stadtrat nun im Nachhinein?
11. Wie beurteilt der Stadtrat und/oder die Asylorganisation AOZ das Phänomen der gemeinschaftlich begangenen sexuellen Belästigung von Frauen, welches in arabischen Ländern als «taharrush gamea» bekannt ist? Wird erwartet, dass durch die stark steigenden Asylzahlen diese sexuelle Gewalt gegen Frauen in Zürich vermehrt vorkommen wird?

Mitteilung an den Stadtrat

**K e n n t n i s n a h m e n****1597. 2014/136**

**SK PRD/SSD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Nicolas Esseiva (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 11. Januar 2016):

Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

**1598. 2014/140**

**SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Petek Altinay (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 11. Januar 2016):

Marion Schmid (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

**1599. 2015/125**

**Paritätische Kommission Uri/Zürich, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Christina Hug (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 11. Januar 2016):

Simon Kälin (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

Nächste Sitzung: 20. Januar 2016, 17 Uhr.